

Entwurf

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StBGB), BGBl. Nr. 311, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 29/2013, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 entfallen in Z 1 der Klammerausdruck „(Legitimation)“ und das Zitat „„7a“ sowie wird in Z 5 das Zitat „„§§ 58c und 59 Abs. 1“ durch das Zitat „„§§ 57, 58c und 59“ ersetzt.

2. § 7 samt Überschrift lautet:

„Abstammung“

§ 7. Kinder erwerben die Staatsbürgerschaft mit dem Zeitpunkt der Geburt, wenn in diesem Zeitpunkt

1. die Mutter gemäß § 143 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches – ABGB, JGS 946/1811, Staatsbürgerin ist,
2. der Vater gemäß § 144 Abs. 1 Z 1 ABGB Staatsbürger ist, oder
3. der Vater Staatsbürger ist und dessen Vaterschaft gemäß § 144 Abs. 1 Z 2 oder 3 ABGB vor der Geburt des Kindes festgestellt wurde.

Das Ableben eines Elternteiles gemäß Z 1 bis 3 vor der Geburt des Kindes hindert den Erwerb der Staatsbürgerschaft nicht, sofern dieser Elternteil am Tag seines Ablebens Staatsbürger war.“

3. § 7a entfällt.

4. In § 8 entfällt Abs. 2 und entfällt in Abs. 3 die Wortfolge „„Abs. 2 auch für Personen, die vor diesem Tag geboren worden sind, wenn ihr ehelicher Vater oder ihre uneheliche Mutter im Gebiet der Republik geboren worden ist“.

5. In § 10 Abs. 1 Z 7 wird nach der Wortfolge „„hinreichend gesichert ist“ die Wortfolge „„oder der Fremde aus tatsächlichen, vom Fremden nicht zu vertretenden Gründen dauerhaft nicht oder nicht in ausreichendem Maße am Erwerbsleben teilnehmen kann, und“ eingefügt.

6. In § 10 Abs. 5 wird die Wortfolge „„der letzten drei Jahre nachgewiesen“ durch die Wortfolge „„von drei Jahren aus den letzten sechs Jahren nachgewiesen“ ersetzt und werden folgende Sätze angefügt:

„Nicht zu vertreten hat der Fremde seine fehlende oder nicht ausreichende Teilnahme am Erwerbsleben insbesondere dann, wenn diese auf einer Behinderung, die jedenfalls durch ein Gutachten des Bundessozialamtes festgestellt wurde, oder auf einer dauerhaften schwerwiegenden Krankheit, die jedenfalls durch ein amtärztliches Gutachten festgestellt wurde, beruht.“

7. In § 10a Abs. 1 Z 2 wird nach der Wortfolge „„demokratischen Ordnung“ die Wortfolge „„und die sich daraus ableitbaren Grundprinzipien“ eingefügt.

8. In § 10a Abs. 6 wird die Wortfolge „„Republik Österreich und“ durch die Wortfolge „„Republik Österreich und die sich daraus ableitbaren Grundprinzipien sowie“ ersetzt.

9. In § 11a wird nach Abs. 5 folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Einem Fremden ist nach einem rechtmäßigen und ununterbrochenen Aufenthalt von mindestens sechs Jahren im Bundesgebiet unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 8, Abs. 2 und 3 die Staatsbürgerschaft zu verleihen, wenn er feste und regelmäßige eigene Einkünfte aus Erwerb, Einkommen, gesetzlichen Unterhaltsansprüchen oder Versicherungsleistungen im Durchschnitt der letzten sechs Jahre nachweist, die ihm eine Lebensführung ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen der Gebietskörperschaften ermöglichen und der Höhe nach dem Durchschnitt der Richtsätze des § 293 des ASVG der letzten sechs Jahre entsprechen und

1. er, abweichend von § 10a Abs. 1 Z 1, einen Nachweis über Deutschkenntnisse gemäß dem B2-Niveau des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GERS) erbringt, oder
2. er einen Nachweis gemäß § 10a Abs. 1 Z 1 erbringt und seine nachhaltige persönliche Integration nachweist, insbesondere durch
 - a) ein mindestens dreijähriges freiwilliges, ehrenamtliches Engagement in einer gemeinnützigen Organisation, die den Vorgaben des § 35 Bundesabgabenordnung (BAO), BGBL. Nr. 195/1961, entspricht, oder
 - b) eine mindestens dreijährige Ausübung eines Berufes im Bildungs-, Sozial- oder Gesundheitsbereich, sofern das daraus erzielte Einkommen durchgängig die monatliche Geringfügigkeitsgrenze gemäß § 5 Abs. 2 ASVG erreicht hat, oder
 - c) die Bekleidung einer Funktion in einem Interessenverband oder einer Interessenvertretung, die dem Allgemeinwohl in besonderer Weise dient, für mindestens drei Jahre hindurch.

Die Tätigkeit des Fremden, mit der die nachhaltige persönliche Integration nachgewiesen werden soll, muss einen integrationsrelevanten Mehrwert für seine Integration in Österreich darstellen. Die Umstände aus denen sich die nachhaltige persönliche Integration und der integrationspolitische Mehrwert der Tätigkeit des Fremden ergeben, sind vom Fremden und der jeweiligen Institution jeweils im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme ausführlich zu begründen.

Bezüglich des gesicherten Lebensunterhaltes gilt § 10 Abs. 5 Satz 2 bis 4.“

10. Nach § 11a wird folgender § 11b eingefügt:

„§ 11b. (1) Einem im Bundesgebiet aufhältigen Kind, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt, ist diese unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 5 und 6 auf Antrag zu verleihen, wenn es von einem Staatsbürger an Kindesstatt angenommen wurde.

(2) Vom Erfordernis des Aufenthaltes gemäß Abs. 1 ist abzusehen, wenn der maßgebliche Wahlerternteil nachweislich den Mittelpunkt der Lebensinteressen und seinen ständigen und rechtmäßigen Aufenthalt seit mindestens 12 Monaten im Ausland hat.

(3) Die Verleihung ist von der Behörde binnen sechs Wochen ab Antragstellung vorzunehmen.“

11. Der bisherige Inhalt des § 12 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Einem unmündigen minderjährigen Fremden ist unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 5 und 6 die Staatsbürgerschaft zu verleihen, wenn

1. dieser zum Zeitpunkt der Antragstellung rechtmäßig niedergelassen war (§ 2 Abs. 2 NAG) und
2. dessen Vater zum Zeitpunkt der Geburt Staatsbürger ist und die Vaterschaft gemäß § 144 Abs. 1 Z 2 oder 3 ABGB nach der Geburt festgestellt wurde.

Vom Erfordernis der Niederlassung gemäß Z 1 ist abzusehen, wenn der Vater nachweislich den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen und seinen ständigen und rechtmäßigen Aufenthalt seit mindestens zwölf Monaten im Ausland hat.“

12. § 17 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Verleihung der Staatsbürgerschaft ist unter den Voraussetzungen der §§ 10 Abs. 1 Z 2 bis 8, Abs. 2 und 3 sowie 16 Abs. 1 Z 2 auf die Kinder des Fremden, sofern die Kinder minderjährig, ledig und nicht infolge der Entziehung der Staatsbürgerschaft nach §§ 32 und 33 Fremde sind, zu erstrecken, wenn

1. der Mutter gemäß § 143 ABGB, oder
2. dem Vater gemäß § 144 Abs. 1 ABGB

die Staatsbürgerschaft verliehen wird.“

13. Nach § 17 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Die Verleihung der Staatsbürgerschaft ist unter den Voraussetzungen der §§ 10 Abs. 1 Z 2 bis 8, Abs. 2 und 3 sowie 16 Abs. 1 Z 2 auf die Wahlkinder des Fremden, sofern die Kinder minderjährig, ledig und nicht infolge der Entziehung der Staatsbürgerschaft nach §§ 32 und 33 Fremde sind, zu erstrecken.“

14. In § 17 Abs. 2 entfällt die Wortfolge „letztere weiblichen Geschlechtes sind und“.

15. Der Inhalt des bisherigen § 21 erhält die Absatzbezeichnung „(2)“ und wird in Abs. 2 (neu) die s-Schreibung an die neue Rechtschreibung angepasst sowie wird folgender Abs. 1 eingefügt:

„(1) Die Verleihung der Staatsbürgerschaft hat in einem diesem Anlass angemessenen, feierlichen Rahmen zu erfolgen, dem durch das gemeinsame Absingen der Bundeshymne und das sichtbare Vorhandensein der Fahnen der Republik Österreich, des jeweiligen Bundeslandes, und der Europäischen Union Ausdruck verliehen wird.“

16. § 29 lautet:

„(1) Der Verlust der Staatsbürgerschaft ist auf die Kinder des Fremden, sofern sie minderjährig und ledig sind und ihm von Rechts wegen in die fremde Staatsangehörigkeit folgen oder folgen würden, zu erstrecken, wenn

1. die Mutter gemäß § 143 ABGB, oder
2. der Vater gemäß § 144 Abs. 1 ABGB

die Staatsbürgerschaft verliert, es sei denn der andere Elternteil ist weiterhin Staatsbürger. § 27 Abs. 3 ist sinngemäß anzuwenden.

(2) Der Verlust der Staatsbürgerschaft ist auf die Wahlkinder des Fremden, sofern sie minderjährig und ledig sind und ihm von Rechts wegen in die fremde Staatsangehörigkeit folgen oder folgen würden, zu erstrecken, wenn der Wahlerternteil die Staatsbürgerschaft verliert, es sei denn der andere Elternteil oder Wahlerternteil ist weiterhin Staatsbürger. § 27 Abs. 3 ist sinngemäß anzuwenden.“

17. In § 52 entfällt die Absatzbezeichnung „(1)“ und es entfällt Abs. 2.

18. In § 53 entfällt in der Z 3 die litera a und in der Z 5 die litera c.

19. Die Überschrift des Abschnittes VI lautet:

„Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Anzeige“

20. Nach § 56 wird folgender § 57 eingefügt:

„§ 57. (1) Ein Fremder erwirbt unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 6 und 8 und Abs. 2 Z 1 und 3 bis 7 die Staatsbürgerschaft, wenn er der Behörde unter Bezugnahme auf dieses Bundesgesetz schriftlich anzeigt, dass er zumindest in den letzten 15 Jahren von einer österreichischen Behörde fälschlich als Staatsbürger behandelt wurde und dies nicht zu vertreten hat. Als Staatsbürger wird insbesondere behandelt, wem ein Staatsbürgerschaftsnachweis, Reisepass oder Personalausweis ausgestellt wurde. Die Behörde hat die fälschliche Behandlung als Staatsbürger dem Fremden schriftlich zur Kenntnis zu bringen und ihn über die Frist zur Anzeige gemäß Abs. 2 zu belehren. Den Erwerb durch Anzeige hat die Behörde rückwirkend mit dem Tag, an dem der Fremde das erste Mal von einer österreichischen Behörde fälschlich als Staatsbürger behandelt wurde, mit Bescheid festzustellen.

(2) Die Anzeige ist binnen sechs Monaten ab Kenntnis der fälschlichen Behandlung gemäß Abs. 1 einzubringen.

(3) Die Frist gemäß Abs. 1 entfällt, wenn der Fremde den ordentlichen Präsenzdienst oder den ordentlichen Zivildienst abgeleistet hat.

(4) Eine Anzeige gemäß Abs. 1 kann auch bei der örtlich zuständigen Vertretungsbehörde im Ausland (§ 41 Abs. 2) eingebracht werden. Diese hat die Anzeige an die zuständige Behörde weiterzuleiten.

(5) Anzeigen und Bescheide gemäß Abs. 1 und im Verfahren beizubringende Dokumente, insbesondere Zeugnisse, Personenstandsurkunden und Übersetzungen, sind gebührenfrei.“

21. In § 59 Abs. 1 entfällt jeweils die Wortfolge „oder § 7a“ und es wird das Zitat „§ 163 ABGB“ durch das Zitat „§§ 145 ff. ABGB“ ersetzt sowie entfällt die Wortfolge „oder dem Tag der Legitimation (§ 7a)“.

22. Nach § 59 wird die folgende Abschnittsüberschrift eingefügt:

„Abschnitt VII“

Schluss- und Übergangsbestimmungen“

23. In § 60 entfällt das Zitat „7a Abs. 4.“.

24. Dem § 64a werden nach Abs. 14 folgende Abs. 15 und 16 angefügt:

„(15) Vor dem 1. September 1983 geborene eheliche und legitimierte Kinder erwerben unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 Z 2 bis 8 die Staatsbürgerschaft durch Anzeige, der Republik als getreue Staatsbürger angehören zu wollen, wenn

1. sie am 1. September 1983 ledig waren und das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten,
2. sie nie Staatsbürger waren oder die mit der Geburt erworbene Staatsbürgerschaft durch Legitimation verloren haben und
3. die Mutter Staatsbürger ist und die Staatsbürgerschaft auch am Tag der Geburt des Kindes besessen hat.

Die Anzeige ist binnen neun Monaten ab Inkrafttreten dieser Bestimmung schriftlich bei der Behörde abzugeben. Die Behörde hat mit Bescheid festzustellen, dass die Staatsbürgerschaft mit dem Tag des Einlangens der Anzeige bei der Behörde erworben wurde. Dieser Erwerb der Staatsbürgerschaft ist gebührenfrei.

(16) Die §§ 6 Z 1 und 5, 7, 8 Abs. 3, 10 Abs. 1 Z 7 und Abs. 5, 10a Abs. 1 Z 2 und Abs. 6, 11a Abs. 6, 11b, 12 Abs. 1 und 2, 17 Abs. 1 bis 2, 21, 29, 52, die Überschrift des Abschnittes VI, §§ 57, 59 Abs. 1, die Überschrift des Abschnittes VII, die §§ 60 und 64a Abs. 15 sowie 66 Z 1 lit. b in der Fassung BGBl. I Nr. XXX/2013 treten mit XX. XXXX 20XX in Kraft. Die §§ 7a, 8 Abs. 2, 52 Abs. 2, 53 Z 3 lit. a und Z 5 lit. c und § 66 Z 1 lit. d in der Fassung vor dem BGBl. I Nr. XXX/2013 treten mit XX. XXXX 20XX außer Kraft.“

25. In § 66 Z 1 entfällt in lit. b das Zitat „§ 7a Abs. 5.“ sowie entfällt die lit. d.